

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Politforum Käfigturm: Neue Trägerschaft; Aufstockung Kredit

1. Ausgangslage

Der Bund hat in der Vernehmlassung zum Stabilisierungsprogramm 2017 - 2019 im November 2015 angekündigt, den Beitrag der Bundeskanzlei an das Politforum Käfigturm ab 2016 einzusparen. Die Parlamentsdienste als zweite Trägerinstitution des Politforums sahen sich nicht in der Lage, das Politforum alleine weiterzuführen, was das Ende der Institution bedeutet hätte. Neben der Stadt Bern und dem Kanton Bern haben sich die Hauptstadtregion Schweiz, der Schweizerische Städteverband sowie verschiedene Parteien und Institutionen gegen die Schliessung ausgesprochen. Auch die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren massiv, sodass der Bundesrat noch während der Vernehmlassung beschlossen hat, den Betrieb des Politforums um ein Jahr bis Ende 2017 zu verlängern. So sollte genügend Zeit für den Aufbau einer neuen Trägerschaft zur Verfügung stehen.

Auf Initiative der Stadt Bern wurden gemeinsam mit dem Kanton Bern und der Burgergemeinde Bern die Arbeiten für eine neue Trägerschaft aufgenommen. Da die Initianten der Ansicht waren, dass ein kompletter Rückzug des Bundes aus dem Politforum ein negatives Signal wäre, haben sie sich für eine Mitfinanzierung der neuen Trägerschaft durch den Bund eingesetzt. Ziel war es, die neue Trägerschaft auf den drei Pfeilern Bund, Kanton und Gemeinde/Burgergemeinde aufzubauen. Zwei Kommissionsmotionen, die eine Mitfinanzierung des Bundes in der Höhe von jährlich Fr. 400 000.00 forderten, wurden in der Wintersession 2016 von National- und Ständerat abgelehnt. In der parlamentarischen Diskussion wurde von Bundesrat Maurer jedoch in Aussicht gestellt, dass der Bund - als Mieter des Käfigturms bis 2021 - die Räumlichkeiten bei Vorliegen eines Konzepts für die Weiterführung des Politforums auch ohne Bundesbeteiligung mietfrei zur Verfügung stellen würde.

2. Aktueller Stand

Die finanzkompetenten Organe von Kanton, Stadt und Burgergemeinde haben 2016 der Mitfinanzierung einer neuen Trägerschaft in der Höhe von je Fr. 150 000.00 pro Jahr für die Jahre 2018 bis 2021 zugestimmt. Die Zustimmungen erfolgten unter der Voraussetzung einer Mitfinanzierung durch den Bund. National- und Ständerat haben es zwar abgelehnt, einen Beitrag des Bundes an die neue Trägerschaft von Fr. 400 000.00 jährlich zu sprechen. Da vom Bundesrat die Zusage vorliegt, den Initianten der neuen Trägerschaft die Räumlichkeiten im Käfigturm mietfrei zur Verfügung zu stellen, ist eine Bundesunterstützung bis ins Jahr 2021 trotzdem gegeben, wenn auch nicht in der von den Initiantinnen und Initianten der neuen Trägerschaft geforderten Form und Höhe. Sowohl der Gemeinderat wie auch der Regierungsrat haben entsprechend beschlossen, die Arbeiten weiterzuführen.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, den im November 2016 beschlossenen jährlichen Betrag von Fr. 150 00.00 auf Fr. 300 00.00 zu erhöhen und damit die fehlenden Fr. 400 000.00 des Bundes zumindest teilweise zu kompensieren. So signalisiert die Stadt Bern, dass ihr der Erhalt des Politforums Käfigturm wichtig ist und dass damit die Hauptstadtfunktion gestärkt werden kann.

Zudem hat der Regierungsrat in seiner Antwort vom 25. Januar 2017 auf die Motion „Der Hauptstadtreion das Politforum Käfigturm erhalten: Auch der Kanton hilft mit!“ seine Bereitschaft ausgedrückt, bis 2021 eine Zwischenlösung mit der ursprünglich für die Verbundlösung in Aussicht gestellten Summe von Fr. 150 000.00 pro Jahr mitzufinanzieren. Dies unter der Voraussetzung, dass sich auch die Stadt Bern und die Burgergemeinde Bern beteiligen und der Bund wie anboten den Mietzins für die Lokalitäten trägt. Gleichzeitig soll eine langfristige und tragfähige Lösung gesucht werden, damit der Weiterbetrieb des Politforums für die Zeit nach 2021 gesichert werden kann.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11. Januar 2017 beschlossen, die Verhandlungen mit interessierten Institutionen sowie die Arbeiten für eine neue Trägerschaft weiterzuführen. Er hat zudem beschlossen, dem Stadtrat einen Vortrag zwecks Erhöhung des jährlichen städtischen Beitrags an das Politforum für die Jahre 2018 bis 2021 von Fr. 150 000.00 auf Fr. 300 000.00 vorzulegen, unter der Voraussetzung, dass sich auch der Kanton weiterhin für eine neue Trägerschaft einsetzt und diese mitfinanziert. Diese Voraussetzung ist mit der Motionsantwort des Regierungsrats vom 25. Januar 2017 erfüllt.

Die Burgergemeinde hat trotz der ursprünglich zustimmenden Haltung des finanzkompetenten Organs entschieden, nach dem ablehnenden Entscheid der eidgenössischen Räte das Geschäft den zuständigen Organen erneut vorzulegen. Da dies aufgrund der Fristen zu Problemen geführt hätte, wurde entschieden, beim Kleinen Burgerrat vorerst lediglich einen Kredit für das Jahr 2018 zu beantragen und erst nach Vorliegen eines ausführlichen und mittelfristig angelegten Betriebskonzepts dem Grossen Burgerrat die mehrjährige Mitfinanzierung zu beantragen. Noch offen ist der Einbezug der Kirchen: Erste Gespräche mit dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz sowie der Reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn haben stattgefunden, konkrete Vereinbarungen liegen noch keine vor.

3. Geplantes Vorgehen ab 2018

Die ursprünglich angedachte Nachfolgelösung sah vor, dass sich Bund, Kanton, Burgergemeinde, Stadt sowie mögliche weitere Sponsoren an einer Stiftung beteiligen, welche neu als Trägerin des Politforums auftritt. Für die Fortführung des Betriebs in seiner heutigen Form ging man von benötigten Mitteln von Fr. 1 000 000.00 pro Jahr aus. Nachdem die angestrebten Fr. 400 000.00 des Bundes wegfallen beziehungsweise auf die Mietkosten reduziert werden, ist die Finanzierung zu überdenken. Nach mehreren Gesprächen, Berechnungen und Abklärungen scheint es möglich, den Basisbetrieb in reduzierter Form zu führen; eine „Design-to-cost-Lösung“ wird möglich sein. Weitere Mittel sollen über Dritte oder über Sponsoring generiert werden, welche für die konkrete Projektarbeit, für Ausstellungen o. Ä. zur Verfügung stehen sollen. Ebenfalls sind weitere Beträge auf der Einnahmenseite zu prüfen. Bei dieser Ausgangslage sollte die Zukunft des Politforums für die nächsten vier Jahre gesichert sein.

Mittelfristig sind zudem alternative Lösungen zur Fortführung des Politforums zu prüfen, da ab 2021 weder die Örtlichkeiten noch die vollständige Finanzierung sichergestellt ist. Neben der Weiterführung des Betriebs des Politforums bis 2021 im Käfigturm (Auslaufen des Mitvertrags zwischen dem Bund als Mieter und dem Kanton als Vermieter) wird in nächster Zeit evaluiert, ob das Politforum ab 2022 an einem alternativen Standort weitergeführt werden könnte. Gleichzeitig wird geprüft, wieweit der Zugang zum Käfigturm hindernisfrei gebaut werden kann beziehungsweise ob das Projekt, das vor einigen Jahren entwickelt wurde, heute konsensfähig und zielführend sein könnte.

Der Gemeinderat begrüsst es sehr, dass der Kanton und die Burgergemeinde weiterhin bereit sind, die Arbeiten für den Fortbestand des Politforums trotz der verschiedenen Hürden weiterzuführen

und sich finanziell zu beteiligen. Er legt daher dem Stadtrat einen Antrag zur Erhöhung des städtischen Beitrags an die neue Trägerschaft des Politforums für die Jahre 2018 bis 2021 von jährlich Fr. 150 000.00 auf jährlich Fr. 300 000.00 vor. Dies gilt unter der Bedingung, dass Kanton und Burgergemeinde die mittelfristige Mitfinanzierung beschliessen beziehungsweise damit eine breit abgestützte Trägerschaft gebildet werden kann.

4. Übergangslösung im Jahr 2017

Die bisherige Planung ging davon aus, dass gemäss Aussage des Bundesrats der Betrieb des Käfigturms durch Bundeskanzlei und Parlamentsdienste bis Ende 2017 gesichert sei. Dies ist nun mit den aktuellen Beschlüssen von Bundeskanzlei und Parlamentsdiensten nicht mehr so: Der Turm wird per 30. Juni 2017 geschlossen, das Personal entweder in die Parlamentsdienste zurückbeordert oder entlassen. Damit stellt sich die Frage, ob der Betrieb während diesem halben Jahr eingestellt werden soll, mit dem grossen Nachteil, dass ein Neustart, der erst am 1. Januar 2018 erfolgt, dazu führt, dass es weitere Monate dauert, bis der Betrieb wieder voll funktionsfähig ist, da beispielsweise die Ausarbeitung einer Ausstellung nahezu zwölf Monate benötigt.

Die neue Trägerschaft bevorzugt deshalb klar eine Lösung, mit der der Turm, wenn auch in reduzierter Form, auch während diesen sechs Monaten weiterbetrieben wird. Die Bundeskanzlei hat sich bereit erklärt, dabei einige Unterstützung zu geben. Sie wird eine 40 %-Stelle weiterfinanzieren und prüft zudem einige weitere Unterstützungen im Bereich Informatik. Die Präsidialdirektion wird mit den anderen Partnerinnen und Partnern dafür besorgt sein, dass ein reduzierter Betrieb sichergestellt werden kann.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der reduzierte Betrieb dazu genutzt werden sollte, einige Neuerungen vorzubereiten, so neben dem IT-Bereich und den administrativen Aufbauarbeiten etwa ein vollautomatisiertes Reservationssystem für die sehr beliebten Sitzungsräume und eine neue Homepage. Wo immer möglich sollen stadintern bestehende Lösungen bevorzugt werden, um die Kosten auf ein Minimum zu reduzieren. Zudem sollen bereits im 2017 einige konzeptionelle Arbeiten betreffend die zukünftige Ausgestaltung des Politforums an die Hand genommen werden. Der Gemeinderat beantragt daher dem Stadtrat für die Überführungsarbeiten im laufenden Jahr einen Kredit in der Höhe von Fr. 80 000.00, welcher der neuen Trägerschaft überwiesen werden soll.

Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für den Beitrag der Stadt Bern an die neue Trägerschaft des Politforums Käfigturm für die Jahre 2017 - 2021 eine Erhöhung des Verpflichtungskredits von Fr. 600 000.00 auf Fr. 1 280 000.00. Die jährlichen Kosten (Fr. 80 000.00 im Jahr 2017 und je Fr. 300 000.00 in den Jahren 2018 - 2021) gehen zulasten des Globalkredits des Gemeinderats (Dienststelle 030).
2. Er erhöht den Globalkredit 2017 des Gemeinderats (Dienststelle.030) von Fr. 3 196 987.35 mittels Nachkredit um Fr. 80 000.00 auf Fr. 3 276 987.35.
3. Im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan der Dienststelle Gemeinderat 030 sind für die Jahre 2018 - 2021 zusätzlich je Fr. 150 000.00 einzustellen.

4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 22. Februar 2017

Der Gemeinderat